

## **Es gilt das gesprochene Wort**

### **Neujahrsempfang der Universitätsstadt Tübingen am 29. Januar 2010 Rede des Oberbürgermeisters Boris Palmer**

#### **Begrüßung**

Auch wenn das neue Jahr schon einige Tage alt ist, möchte ich die Gelegenheit nutzen, einen Dank für die ruhige Silvesternacht auszusprechen. Erstmals seit Jahrzehnten blieb es an Silvester still in unserer Altstadt. Dazu haben viele beigetragen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ordnungsdienst und bei der Polizei mit einer Zusatzschicht und vielen Arbeitsstunden. Der Gemeinderat mit dem wegweisenden Beschluss, Feuerwerk in der Altstadt zu untersagen. Am meisten aber Sie, die Menschen in unserer Stadt. Denn so gut wie alle haben das Verbot aus Einsicht und nicht nur wegen drohender Strafen respektiert.

Mir macht das Mut. Zeigt es doch, dass wir sehr wohl in der Lage sind, aus Katastrophen zu lernen und gemeinsam umzusteuern. Für Familie Römmig, deren Haus vor einem Jahr von einer Rakete in Brand geschossen wurde, kommt das nun zu spät. Aber für die Zukunft haben wir gegen leichtsinnig verursachte Brände in der Silvesternacht vorgesorgt. Und angestoßen durch die Tübinger Ereignisse gibt es mittlerweile ein Bundesgesetz, das historische Fachwerkhäuser generell zur Verbotszone für Feuerwerkskörper erklärt. Wir haben wirklich etwas erreicht. Dafür meinen ganz herzlichen Dank!

Leider gelingt es nicht immer, Probleme so schnell und effektiv zu lösen. Wenn wir auf das Jahr 2009 zurück blicken, dann gab es ein alles dominierendes Thema – nein, ich meine nicht die Sanierung der Mühlstraße, sondern die Krise der Weltwirtschaft. Und die ist noch lange nicht überstanden. Soeben haben die Statistiker bestätigt, dass wir das schlimmste Jahr seit 1932 hinter uns haben. Das bezieht sich natürlich nur auf den prozentualen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 5% gegenüber dem Vorjahr.

Absolut sind wir auf das Wohlstandsniveau von 2006 zurückgefallen, was natürlich weit, weit weg von der Not Anfang der 30er Jahre ist. Vielleicht geht es Ihnen so wie mir: Würde ich nicht Zeitungen lesen, ich wäre vor Weihnachten bei einem Gang über den Weihnachtsmarkt oder die ChocoArt niemals auf den Gedanken gekommen, dass wir uns mitten in einer dramatischen Finanz- und Wirtschaftskrise befinden. Die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt ist kaum angestiegen, die meisten von uns können bislang ihren Lebensstandard wie gewohnt beibehalten. Ja, durch die Steuersenkungen der Bundesre-

gierung sieht es für viele so aus, als könnten wir uns sogar noch mehr leisten als früher. Die Nettoeinkommen sind um 1% gestiegen.

Seite 2 von 10

- Und auch die Stadt hat letztes Jahr keinerlei Krisensymptome gezeigt. Wir haben die Kinderbetreuung mit einem weiteren Riesenschritt ausgebaut und den Spitzenplatz in ganz Baden-Württemberg errungen. Wir haben mehr in unsere Infrastruktur investiert als je zuvor. Allein in die Unterhaltung der städtischen Gebäude, vor allem der Schulen, floss dreimal mehr Geld als im Durchschnitt früherer Jahre. Das Konjunkturprogramm war für das Handwerk, den Klimaschutz und unsere Schulen ein großer Erfolg. Das war richtig, aber bei all den Baustellen konnte man wirklich nicht den Eindruck gewinnen, es fehle an Geld.

So ist eine enorme Kluft zwischen dem erfreulich entspannten Leben in unserer Stadt und den dramatischen Umbrüchen in der Weltwirtschaft entstanden. Man könnte der Illusion erliegen, die Krise ginge einfach an uns vorüber. So wird es aber nicht sein. Für die kommenden Jahre macht mir diese Differenz zwischen Sein und Schein die größten Sorgen. Wie kommen wir gemeinsam zu einer realistischen Beurteilung der Lage? Manche sagen ja, angesichts von Steuersenkungen und Rekordverschuldung im Bund gebe es keinen Grund zum Sparen. Andere meinen, für Steuererhöhungen in der Stadt gebe es keine Rechtfertigung. Beides Auffassungen, die ich nicht teilen kann. Übrigens auch nicht die vordergründig sehr plausible Ansage an die Bankrotteure „Wir zahlen nicht für Eure Krise.“ Der Aufschwung der letzten Jahre war zu einem Großteil denselben Bankern und genau den Praktiken zu verdanken, die uns jetzt in die Krise geritten haben. Wir haben die Arbeitsplätze, die Steuern und das Wachstum dankbar angenommen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als jetzt auch die Kehrseite dieser Medaille anzunehmen.

Wie steht es also um unsere finanzielle Leistungskraft? Keine Sorge, ich werde Sie nicht mit einer Haushaltsrede voller Zahlen quälen. Ich will versuchen, einen Blick auf strukturelle Brüche zu werfen, die nach meiner Einschätzung mittlerweile zu Tage treten.

### **Die Krise vor der Krise**

Die gängige Erklärung für die Krise kennen Sie alle. Es begann in den USA mit Krediten für Häuserkauf ohne Sicherheiten. Diese Subprime-Kredite wurden von Banken und Rating-Agenturen gebündelt, verbrieft und in alle Welt verkauft. Als die Immobilienblase platzte, fielen die Türme der Banken wie Dominosteine. Die Steuerzahler mussten ein-

springen. Auch unsere einst stolze Landesbank hat noch 100 Milliarden Euro giftige Papiere in den Büchern.

Seite 3 von 10

- Mittlerweile haben die meisten amerikanischen Großbanken die Staatshilfen zurückbezahlt und verdienen schon wieder kräftig. Man könnte also hoffen, dass die Krise überstanden ist und es bald wieder aufwärts geht. Leider spricht mehr gegen als für diese These. Anders als nach dem Silvesterbrand in Tübingen sind bislang keine wirksamen Konsequenzen aus der Beinahekatastrophe gezogen worden.

Das gilt schon für die unmittelbaren Ursachen der Weltfinanzkrise. Trotz der Beschlüsse von Pittsburgh ist es nicht zu einer wirksamen Regulierung der Weltfinanzmärkte gekommen. Die Banken in Amerika bereiten gerade wieder Bonuszahlungen vor als sei nichts gewesen. Das globale Spekulationskapital fällt in China ein. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos haben genau die Ausnahme-Ökonomen, die uns die aktuelle Krise vorhersagten, vor der nächsten katastrophalen Blase gewarnt.

Noch mehr mangelt es aber an Konsequenzen im Hinblick auf die mittelbaren Krisenursachen. Und darüber wird erstaunlich wenig geredet. Die Weltwirtschaft befand sich nämlich schon vor dem Ausbruch der Weltfinanzkrise auf Talfahrt. Die Weltkonjunktur würgte sich selbst ab, weil sie im Verbund mit Spekulanten die Preise für Rohstoffe, Lebensmittel und insbesondere Energie auf nie da gewesene Höhen getrieben hatte.

Am 12. Juli 2008 erreichte das Fass Öl den Rekordpreis von 147 Dollar. Das konnten sich viele arme Länder und Menschen nicht mehr leisten. Auch die Preise für Lebensmittel schossen in eine Höhe, die für viele nicht mehr zu bezahlen war. Das globale Wachstum schuf neue Armut. Die Weltwirtschaft geriet in eine Abwärtsbewegung, die Ressourcenpreise brachen ein. Erst drei Monate danach kippten die Banken.

Öl notiert heute bei 70 Dollar. Wir hoffen alle, dass die Konjunktur nächstes Jahr wieder anspringt. Wie hoch wird der Preis für Energie dann steigen? Es spricht viel dafür, dass Öl und Gas teurer werden als je zuvor, weil die weltweite Förderung ihr Maximum überschreitet. Die gegenwärtige Krise ist entweder ein Vorbote oder schon der Beginn eines tiefgreifenden Strukturwandels in Baden-Württemberg.

### **Baden-Württemberg als neues Ruhrgebiet?**

Seite 4 von 10

Der wirtschaftliche Niedergang war in Deutschland nirgends stärker als in unserem Land: Fast minus 10% über die ganze Wirtschaft, minus 20% und mehr in der Industrie. Warum? Nicht allein, weil unsere Industrie exportorientiert ist. Medizintechnik exportiert sich immer noch gut. Nein, unsere Industrie ist von der Krise so hart getroffen, weil sie die falschen Produkte herstellt.

Wir verstehen uns besser als jede andere Industrieregion der Welt auf ein einziges Produkt mit all seinen Vorprodukten und Komponenten: auf den Verbrennungsmotor. Schließlich haben Daimler und Benz ihn erfunden. Heute reicht das nicht nur vom Getriebe bei ZF in Friedrichshafen über den Kolben bei Mahle in Bad Cannstatt und die Zündkerze von Bosch aus Feuerbach zum Motorblock bei Daimler in Untertürkheim. Das sind auch Ölwannen der Firma Joma Polytec aus Bodelshausen, die Werkzeugprototypen der Firma Zeltwanger in Tübingens Neckaraue und die Hartmetallwendeschneidplatten von Walter und Horn aus Derendingen.

Auf diese technische Meisterschaft kann man stolz sein. Wenn aber dem Verbrennungsmotor in wenigen Jahrzehnten der Kraftstoff ausgeht, ist die Basis unseres Wohlstands verbraucht. Für Elektromotoren braucht man keine Getriebe, keine Abgasreinigung, keine Kolben, dafür aber ganz neue Energiespeichertechnik. Davon verstehen wir bislang leider wenig. Mercedes will seine Elektroantriebe in Berlin fertigen.

Es gibt durchaus eine Chance, dass sich unsere Industrie noch einmal erholt. Vielleicht gibt es ein weiteres Jahrzehnt des relativ billigen Öls, vielleicht freuen sich die Eliten in aller Welt noch einige Jahre über kraftstrotzende Luxuslimousinen und Sportwagen. Aber das Ende ist nahe. Und was dann kommt, können wir jetzt sehen: In Stuttgart halbiert sich die Gewerbesteuer. Über den Finanzausgleich trifft das auch Tübingen. In ganz Baden-Württemberg schreiben die Kommunen rote Zahlen. Die Steuern sind um fast ein Fünftel eingebrochen. Das Land rast in eine Rekordverschuldung.

Und dabei hoffen wir alle, dass der Einbruch vorübergeht. Was wäre, wenn er sich als dauerhaft erwiese? Baden-Württemberg stünde das bevor, was das Ruhrgebiet nach dem Ende der Stahl- und Kohle-Ära durchgemacht hat. Schon die Sorge um unseren Wohlstand sollte uns also veranlassen, unsere Ingenieurskunst auf die Entwicklung neuer Produkte zu konzentrieren. Diese zu beschreiben ist ganz einfach: Was wir herstellen

darf den Raubbau am Planeten Erde nicht immer weiter vorantreiben. Unsere Produkte müssen ihn beenden. Energiespartechiken, Ressourcenschonung, Materialeffizienz, erneuerbare Energien, damit sollten wir in Zukunft unser Geld verdienen. Man soll McKinsey nicht alles glauben. Aber eine jüngst erschienene Studie aus diesem Haus zeigt eindeutig auf, dass genau hier die Wachstumsmärkte der Zukunft sind.

Für die bereits erwähnte Firma Joma ist es jetzt ein großer Vorteil, dass sie nicht nur Plastikteile für Autos herstellt, sondern auch hoch isolierende Fensterrahmen entwickelt hat. Und da herrscht Hochkonjunktur. Die Stadtwerke beteiligen sich dieses Jahr an einem der ersten Windparks in der Nordsee. 80 Windkraftanlagen sollen bald Strom für 400.000 Haushalte liefern. Es geht um eine Investition von 1,5 Milliarden Euro. So viel kosten 100.000 Kleinwagen. Und hier zahlt sich das Know-how unserer Betriebe im Anlagenbau aus. 80% der Komponenten der Windkraftwerke werden in Bayern und Baden-Württemberg hergestellt, bei Voith in Heidenheim oder bei Liebherr in Biberach. Mit den Wendeschneidplatten von Horn und Walter kann man auch Komponenten von Windkraftanlagen aus Stahl fräsen. Der Unterschied ist eben, dass Windkraftanlagen das Klima schützen, während Autos es ruinieren.

### **Die Krise des Tübinger Stadthaushaltes**

Es ist zu früh, um zu beurteilen, ob unsere Industrie noch einmal ein Comeback erleben wird oder bereits in eine Dauerkrise geraten ist. Hoffen wir das Beste. Der Haushaltserlass des Landes für die Jahre bis 2013 zeigt allerdings, dass es nichts wird mit einem schnellen Aufschwung. Uns stehen nach dem ersten Krisenjahr noch mindestens drei weitere sehr magere Jahre bevor. Nun muss ich doch einige Zahlen benutzen:

Im Haushaltserlass errechnet das Land, wieviel Geld den Kommunen in ganz Baden-Württemberg zur Verfügung steht. Gegenüber der Finanzplanung, auf die wir noch im Jahr 2008 vertraut haben, gehen der Stadt Tübingen in den Jahren 2009 bis 2013 Einnahmen in Höhe von fast hundert Millionen Euro verloren. Das ist netto ein ganzer Jahreshaushalt. Ein solcher Einbruch ist in der Geschichte der Stadt beispiellos.

100 Millionen Euro, das ist ein Betrag, den man in Vergleichen erst fassbar machen muss: Von dieser Summe könnte die Stadt fünf Jahre lang die Kinderbetreuung in Tübingen bezahlen. Oder sechs Jahre lang den Betrieb aller Schulen. Oder 25 Jahre lang das LTT, das Zimmertheater, die Kunsthalle, die Stadtbibliothek, die Musikschule und

das Stadtmuseum. Mit 100 Millionen Euro könnte man sechs neue technische Rathäuser bauen. Das Geld würde auch für 30 große Säle für das Sudhaus reichen. Oder für 50 Kinderhäuser vom Format der Kindervilla im Alexanderpark. Es wäre sogar so viel, dass man den Sportplatz auf dem Holderfeld bauen könnte. Weil man immer wieder liest, die Mühlstraße sei für Steuererhöhungen verantwortlich, erlaube ich mir den Hinweis, dass die Kosten für deren Verschönerung über eine bloße Sanierung hinaus im Stadthaushalt zwei Promille der Steuerausfälle ausmachen. So viel wie zwei Tage Kinderbetreuung.

Das Jahr 2009 haben wir mit dem schlechtesten Ergebnis aller Zeiten abgeschlossen. Das Jahr 2010 wird noch erheblich schlimmer. Und das Jahr 2011 voraussichtlich am allerschlimmsten. Wenn wir nicht eingreifen, steht eine Neuverschuldung von 25 Millionen Euro in nur einem Jahr bevor. Wir müssen davon ausgehen, dass die laufenden Einnahmen mindestens vier Jahre lang nicht ausreichen werden, um die laufenden Ausgaben zu bezahlen, schon gar keine Investitionen. Die Sache wird übrigens nicht besser, sondern schlimmer, weil es fast allen Städten im Land gleich schlecht geht. Das heißt nämlich, dass Hilfe von außen nicht zu erwarten ist. Wir müssen uns am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen.

Ich denke, man muss das so deutlich beschreiben, denn auch ich habe zu Beginn der Krise gehofft, wir könnten das Tal der Einnahmen überbrücken, ohne die Leistungen der Stadt in Frage zu stellen. Dazu standen uns Rücklagen von 15 Millionen Euro zur Verfügung, die wir in den guten Jahren angesammelt haben. Diese Ersparnisse werden im Juli aufgebraucht sein. Um im Bild zu bleiben: Wir müssen die Brücke über das Einnahmetal wesentlich tiefer ansetzen, sonst erreichen wir die andere Seite nicht und stürzen auf halber Strecke ab.

Ich habe deshalb im Juni letzten Jahres eine Haushaltssperre angeordnet. Es ist uns gelungen, schon im Haushaltsjahr 2009 rund fünf Millionen Euro einzusparen. Für das Jahr 2010 hat die Verwaltung dem Gemeinderat vorgeschlagen, den Haushalt durch Kürzungen bei den Ausgaben und Erhöhungen bei den Einnahmen um zehn Millionen Euro zu verbessern. Und selbst das wird noch nicht reichen. Wir werden im Jahr 2011 um weitere Einsparungen nicht herum kommen. Wir werden uns systematisch fragen müssen, was wir uns noch leisten können.

Im Gemeinderat machte unlängst die Forderung nach einer Liste der Grausamkeiten von sich reden. Sehen Sie mir nach, dass ich heute keine solche Liste vorlege. Ich möchte aber einige grundsätzliche Bemerkungen über die Leistungen der Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger machen. So weit ich Beispiele gebe, sind sie mehr Illustration der Grundsätze als Sparvorschläge. Weil wir eine Diskussion über den richtigen Weg brauchen, ist manches zugespitzt. Deshalb lautet meine erste These:

### **1. Die Stadt kann nur unsozial sparen**

Niemand will bei Bildung, Betreuung, Schule, Sport, Sozialem, Kultur oder Bürgerdiensten sparen. Auch ich nicht. Ich muss sogar die Straßen erwähnen, weil eine Stadt nicht ohne sie funktioniert und sie wegen Geldmangel langsam kaputt gehen. Wenn man diese Etatposten zusammenzählt kommt man aber auf 80% des Haushaltes. Die Stadt kann nur an solchen Aufgaben sparen, weil sie faktisch keine anderen hat. Die Stadt ist eben für die Bürgerinnen und Bürger da. Anders gesagt: Wenn die Stadt sparen muss, dann wirkt das immer unsozial und erzeugt viele direkt Betroffene. Bei 20% weniger Einnahmen können wir uns aber ein Weiter so nicht leisten.

### **2. Wirtschaftlicher auch bei Bildung und Betreuung**

Weil die Einnahmeausfälle so dramatisch sind, können wir gerade die großen Ausgabe-posten nicht beim Sparen aussparen. Und da steht mittlerweile die Kinderbetreuung mit fast einem Viertel des Haushaltes an erster Stelle. Am Ziel, allen Kindern einen Betreuungsplatz zu garantieren, will ich nicht rütteln. Dann bleibt nur, die Kosten pro Kind zu reduzieren. Geht das? Wir haben heute 251 Vollzeitstellen in der Kinderbetreuung. Würden wir auf das in Baden-Württemberg vorgeschrieben Mindestmaß zurück gehen, würden 216 genügen. Schon heute gibt es Klagen über Personalmangel. Und trotzdem müssen wir fragen: Können wir es uns noch leisten, mehr Personal pro Kind anzustellen als gefordert und in anderen Städten üblich?

### **3. Standards absenken**

Wir müssen versuchen, von überzogenen Standards herunterzukommen. Leider sind diese vielfach von höheren Ebenen vorgegeben. Wenn Sie heute ein Kinderhaus oder eine Schule sanieren wollen, kommen zuerst der Brandschützer, der Erdbebenschützer, der Denkmalschützer und der Behindertenbeauftragte. Wenn diese Spezialisten weg sind, ist das Budget aufgebraucht ehe man mit der eigentlichen Renovierung angefangen hat. Nun sind das alles sinnvolle Schutzziele. Aber wenn eine Gesellschaft mit 20%

weniger Ressourcen auskommen soll, dann kann sie nicht einzelne Zwecke für sakrosankt erklären. Sonst bleibt nämlich für andere gar nichts mehr übrig. Es muss auch hier möglich sein, pragmatisch weniger zu tun, wenn wir uns Maximallösungen nicht mehr leisten können.

Seite 8 von 10

#### **4. Leistungsniveau reduzieren**

Auch im Alltag können wir uns vieles nicht leisten, was für selbstverständlich gehalten wird. Als zum Jahresbeginn eine Woche Schnee in Tübingen lag, stapelten sich bei mir die Beschwerden wegen nicht geräumter Straßen. Zu den häufigsten Klagen, die mich persönlich erreichen, gehören die über Dreck in der Stadt verbunden mit der Forderung nach mehr Reinigung. Hier wurde schon in den letzten Jahren gespart. Es tut mir Leid, aber mit den vorhandenen Kräften können wir nicht alle Nebenstraßen räumen und jedem Schmutzfink – diese Spezies steht leider nicht auf der roten Liste – hinterher putzen. Und mehr Leute können wir uns mit weniger Geld nicht leisten.

#### **5. Aufgaben an die Bürgerschaft übergeben**

Die Stadt kann vieles nicht mehr selbst erledigen. Wir müssen Aufgaben an die Bürgerschaft zurückgeben. Als Beispiel nenne ich den Erhalt denkmalgeschützter Gebäude. Die Stadt besitzt eine ganze Reihe von Baudenkmalern, die sie nicht für eigene Zwecke benötigt. Leider haben wir über Jahrzehnte nicht genug in diese Gebäude investieren können, so dass sie vom Verfall bedroht sind. Die Stadt hat nicht das Geld für notwendige Sanierungen. Der Schutz dieser Häuser ist durch die Denkmaleigenschaft gesichert. Es ist deswegen vertretbar, solche Gebäude an Privatpersonen zur Sanierung zu verkaufen und damit gleichzeitig zur Gesundung des städtischen Haushaltes beizutragen. Wir können uns den Besitz von alten Häusern aus rein ideellen Gründen nicht mehr leisten.

#### **6. Leistungen vollständig aufgeben**

Wir werden uns fragen müssen, auf welche Leistungen der Stadt wir ganz verzichten, um nicht alle Leistungen im Niveau so weit herunterzufahren, dass sie unattraktiv werden. Dazu gehören besonders jene, in denen wir mehr leisten als andere Kommunen. Beispiel Mobilfunk: Wir haben sehr mühsam ein vorbildliches System aufgebaut, wie die Stadt mit Messprogrammen und Standortauswahl dafür sorgt, dass in Tübingen ein Zehntel des deutschen Grenzwerts für Mobilfunkstrahlen nicht überschritten wird. Wenn wir kein Geld mehr für Pflichtaufgaben haben, werden solche Freiwilligkeitsleistungen eingestellt werden müssen. Das bedeutet, dass die Stadtverwaltung keine Beschwerden

oder Fragen von Bürgern zum Mobilfunk mehr bearbeitet, weil wir uns das Personal dafür nicht leisten können.

Seite 9 von 10

- **7. Sparen nicht auf Kosten der Zukunft**

In der Vergangenheit haben wir häufig auf Kosten der Zukunft gespart. Gestrichen wurden in Haushaltskrisen zuerst die Mittel für die Erhaltung der vorhandenen Infrastruktur. Neue Gebäude wurden möglichst billig hergestellt. Langfristig ist das sehr teuer und unwirtschaftlich. Das Ergebnis sind kaputte Schulgebäude, deren Ersatz uns heute größtes Kopfzerbrechen bereitet. Allein für den Lindenbrunnenpavillon und den Anbau an das Uhlandgymnasium sind etwa 15 Millionen Euro erforderlich. Solche Lastenverschiebungen in künftige Haushalte dürfen wir uns nicht mehr leisten.

**8. Kein Rasenmäher**

Ein alter Kalauer sagt, wenn wir alle den Gürtel enger schnallen müssen, dann fummelt jeder am Gürtel des Nachbarn herum. Eine Lösung dieses Problems ist der so genannte Rasenmäher. Allen wird gleich viel genommen. Das ist nur scheinbar gerecht, denn nicht alle haben gleich viel. Wir müssen uns die Mühe machen, jede einzelne Ausgabe heute und aus sich selbst heraus zu begründen. Und dabei gilt nicht der Maßstab „Was brauche ich?“ sondern „Was braucht die Stadt?“. Wer nicht ins Theater geht, will die Zuschüsse für das LTT streichen. Wer keine Kinder hat, findet die Kosten für deren Betreuung zu hoch. Und wer nicht auf ein Stadtteilrathaus geht, ist dafür es zu schließen. Unser Stadtrat muss die Gesamtschau einbringen. Erbhöfe und Vorgärten können wir uns so wenig leisten wie Kahlschlag in kulturellen oder sozialen Angeboten.

**9. Schulden in Maßen**

Der künftige Ministerpräsident Mappus hat gerade erklärt, Sparen wolle er erst nach der nächsten Landtagswahl, denn jetzt sei es schlecht für die Konjunktur. Ob er die Konjunktur in der Wirtschaft oder die seiner Partei bei der Wählerschaft gemeint hat, ist nicht ganz klar. Weil auch der Bund Schulden macht „wie Säutreiber“ könnte man auf die Idee kommen, den Stadthaushalt ebenso über Kredite zu finanzieren. Daran führt 2011 in der Tat kein Weg vorbei, denn ohne neue Schulden müssten wir fast jeden Vierten Euro einsparen. Das wäre ein Kahlschlag. Den Fehler der Brüningschen Sparpolitik dürfen wir nicht wiederholen.

Andererseits belastet eine Million Euro neue Kredite die Haushalte der kommenden 30 Jahre jeweils mit 60.000 Euro Zins und Tilgung. Wir dürfen künftigen Generationen nicht nur Schuldenberge hinterlassen. Darauf können Kinder bekanntlich nicht spielen. • Gesucht ist ein Mittelweg. Im Jahr 2009 hat die Verschuldung unserer Stadt von 20 auf 23 Millionen Euro zugenommen. Mit dem Entwurf für den Haushalt 2010 wird die Gesamtverschuldung auf 33 Millionen Euro begrenzt. Das sind vergleichsweise gute Werte. Zum Schwur kommt es im Jahr 2011. Statt 25 Millionen Euro neuer Kredite sollten wir nicht mehr als zehn Millionen Euro in Anspruch nehmen, weil es sonst zu teuer wird, sie später zu bezahlen. Auch Schulden muss man sich leisten können.

#### **10. Kein Geld für Steuersenkungen**

Was wir uns bestimmt nicht leisten können, sind die Steuersenkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung. Es sollte besser Schuldenwachstumsbeschleunigungsgesetz heißen. Die Einnahmeausfälle auf Grund der Steuerpolitik summieren sich für Tübingen auf annähernd fünf Millionen Euro jährlich. Wir werden zumindest einen Teil dieses Geldes durch örtliche Steuern und Gebühren wieder hereinholen müssen. Angesichts der insgesamt sinkenden Steuerlast und der wachsenden Defizite im Haushalt erscheint mir der Protest gegen die Grundsteuererhöhung wenig plausibel. Eine handlungsunfähige Stadt können wir uns nicht leisten.

Ich hoffe, es ist deutlich geworden, dass wir keinen Grund zur Verzweiflung haben. Es ist sehr wohl möglich, den Kern der städtischen Leistungen auch bei deutlich geringeren Steuereinnahmen zu erhalten. Allerdings müssen wir uns auf das Wesentliche konzentrieren. Anders gesagt: Wir müssen als Gesellschaft wieder mehr für die wichtigen Dinge im Leben ausgeben. Die Zeiten, in denen immer mehr privater Wohlstand für immer mehr Bequemlichkeiten wie den Zweit- und Dritturlaub geschaffen wird, sie sind auf absehbare Zeit vorbei. Eine warme Wohnung, eine gesunde Mahlzeit, eine gute Schule, das sind die Dinge, für die wir zuerst sorgen müssen.

Vielleicht ist das gar nicht schlimm. Wie sagte doch Talleyrand: „Geldmangel ist ein Segen. Durch nichts auf der Welt wurde so viel Unsinn verhindert wie durch Geldmangel.“

Ich wünsche Ihnen allen in diesem Sinne ein gesegnetes und möglichst krisenfestes Jahr 2010.